

Kommentar

Igor Steinle

zum Thema CO₂-Grenzausgleich



Klimafreihandel statt Zoll

Es ist das alte Dilemma der Klimapolitik: Betreibt sie ein Staat alleine, bringt sie nichts, außer dass sie die Wirtschaft des Landes im globalen Wettbewerb schlechter stellt. Selbst wenn ein ganzer Kontinent an einem Strang zieht, wie es in Europa im Grunde der Fall ist, reicht das nicht, um den Klimawandel zu stoppen: Die EU ist für lediglich ein Zehntel der den Erdball erheizenden CO₂-Emissionen verantwortlich. Die ganze Welt muss mitmachen, was das Unterfangen zwar schwer, aber nicht unmöglich macht.

Denn seit der Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten hat sich ein Zeitfenster aufgetan. Auch China hat klargemacht, dass es in den kommenden Jahren Ernst machen will in Sachen Klimaschutz – auch wenn man im jüngsten Fünf-Jahres-Plan davon noch nicht viel erkennen kann. Dennoch: Solange Biden Mehrheiten in beiden

Kammern hat, sind wirkliche Veränderungen in Reichweite.

Ein Klimaclub, wie ihn die Berater des Wirtschaftsministers nun vorschlagen, könnte ein kluger Schritt durch dieses offene Zeitfenster sein. Zumal das EU-Parlament den Weg für einen CO₂-Grenzausgleich bereits freigemacht hat und die Amerikaner ebenfalls an einem Konzept für Klimazölle arbeiten. Denn ohne Abgaben, mit denen die heimische Industrie vor ausländischer Billigkonkurrenz geschützt wird – die keine teuren Klimaauflagen erfüllen muss – wird es nicht gehen. Würden EU und USA hier einen Block bilden, würde das eine größere Sogwirkung entfalten und dem Klima mehr nutzen als Alleingänge. Selbst wenn das bedeuten würde, dass der gemeinsame Preis für Kohlendioxid-Emissionen anfangs womöglich niedriger ausfällt, als vielen Europäern lieb sein würde.